

**Ergebnisprotokoll  
der 13. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und  
Energie vom 19.07.2012**

Beginn: 14.30 Uhr

Ende: 15.40 Uhr

**Anwesende: I Deputation**

**1. vom Senat**

Herr Senator Dr. Lohse  
Herr Staatsrat Golasowski  
Frau Staatsrätin Friderich

**2. von der Bürgerschaft**

**SPD-Fraktion**

Herr Hamann  
Herr Jägers  
Frau Kennard in Vertretung für Herrn  
Schmitz  
Herr Gottschalk  
Herr Pohlmann

**CDU-Fraktion**

Herr Hipp  
Herr Imhoff  
Herr Strohmann

**Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Saxe in Vertretung für Frau Dr.  
Schierenbeck  
Herr Saffe  
Frau Dr. Schaefer

**Die Linke**

Herr Arndt

**II Verwaltung**

Frau Kamp  
Frau Kleemann  
Herr Eickhoff  
Herr Viering  
Herr Dr. Lampe  
Herr Klugkist  
Frau Sittauer  
Herr Polzin  
Frau Urban  
Frau Köhnlein  
Herr Richts  
Herr Hürter  
Frau Pieper

Der Senator für Umwelt, Bau und  
Verkehr

ASV

**III Gäste**

Herr Dr. Steinbrück  
Herr Höft  
Herr Semmelhaack

Landesbehindertenbeauftragter  
OAL Hemelingen  
ZVBN

***IV***    ***Gastdeputierte***

Herr Sulimma  
Frau Neumeyer

SPD  
CDU

Herr Senator Dr. Lohse begrüßt die Mitglieder und Gäste der 13. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

TOP 1	<b>Genehmigung der Tagesordnung</b>	
-------	-------------------------------------	--

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.*

TOP 2	<b>Genehmigung des Protokolls 18/12 vom 14.06.2012</b>	
-------	--------------------------------------------------------	--

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.*

TOP 3	<b>Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft</b> -02-	L/S
-------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.*

TOP 4	<b>Sitzungstermine der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie für das Jahr 2013</b> -02-	Vorlage 18/162	L/S
-------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------	-----

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) stimmt den oben aufgeführten Terminvorschlägen zu.*

TOP 5	<b>Beauftragung des Vergabeausschusses für die Zeit während der Parlamentsferien</b> -02-	Vorlage 18/163	L/S
-------	----------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------	-----

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) ermächtigt den Vergabeausschuss, während der Zeit nach der letzten Deputationssitzung vor den Parlamentsferien bis zum ersten Zusammentreffen der Deputation nach den Parlamentsferien anstelle der Deputation die der Deputation nach § 1 Abs. 3 des Gesetzes über Deputationen obliegenden Aufgaben zu erledigen mit Ausnahme der ihr von der Stadtbürgerschaft übertragenen Beschlüsse.*

- einstimmig -

<b>TOP 6</b>	<b>Planung barrierefrei gestalteter Bushaltestellen im Stadtgebiet</b> <b>Bereitstellung von Planungsmitteln</b> -ASV-	Vorlage 18/165	L/S
--------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------	-----

**Herr Hamann** fragt nach, wann die auf Seite 2 der Vorlage genannte Prioritätenliste fertig gestellt sein wird. Zudem bittet er um Auskunft, ob es bereits Ideen für die Umgestaltung der Haltestellen gibt. Es sei auch wichtig, die verschiedenen Verkehrsträger miteinander zu verknüpfen. Insofern sei es wichtig, genügend Fahrradbügel bereitzustellen.

**Frau Pieper** erklärt, dass die Liste direkt nach Auftragsvergabe erarbeitet werden soll. Die Liste könne der Deputation zur Kenntnis gegeben werden. Hinsichtlich der Gestaltung gebe es noch keine endgültigen Vorstellungen. Auf jeden Fall sollen die Haltestellen barrierefrei gestaltet werden. Das ASV werde prüfen, ob es an den dann ausgewählten Haltestellen sinnvoll ist, zusätzliche Fahrradbügel aufzustellen.

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt die Sachdarstellung zur Kenntnis und stimmt der Beauftragung der erforderlichen Planungsleistungen sowie der dargestellten Finanzierung zu.*

<b>TOP 7</b>	<b>Beleihungsbericht 2011 – Teil I Wirtschaftsförderung</b> <b>„Bericht an die Bremische Bürgerschaft über die Tätigkeit der mit Förderaufgaben beauftragten juristischen Personen des privaten Rechtes für das Jahr 2011“</b> -21-	Vorlage 18/161	
--------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------	--

*Die staatliche Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt den die Umwelttechnologieförderung betreffenden Teil des Beleihungsberichtes 2011 zur Kenntnis.  
Die staatliche Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie empfiehlt der Bremischen Bürgerschaft (Landtag), den „Beleihungsbericht 2011 –Teil I Wirtschaftsförderung“ zur Kenntnis zu nehmen.*

- einstimmig -

<b>TOP 8</b>	<b>Beleihungsbericht 2011 – Teil III Wohnungsbauförderung</b> <b>„Bericht an die Bremische Bürgerschaft über die Tätigkeit der mit Förderaufgaben beauftragten juristischen Personen des privaten Rechtes für das Jahr 2011“</b>	Vorlage 18/155	
--------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------	--

	-73-	
--	------	--

**Herr Arndt** ist aufgefallen, dass der überwiegende Teil in Form von Darlehen vergeben wurde. Hierdurch könne seiner Meinung nach der soziale Wohnungsbau nicht in dem Maße vorangebracht werden, wie es wünschenswert wäre. Er fragt nach, wann die Zuschüsse so erhöht werden, dass man von einem wirklichen Förderprogramm des sozialen Wohnungsbaus sprechen kann.

**Herr Jägers** bezieht sich auf Punkt 6 des Berichtes und fragt nach, ob für 2013 ein Wohnraumförderungsprogramm zu erwarten ist. Zu den Akteuren, die in Bremen den Wohnungsbau vorantreiben sollen, gehören seiner Meinung nach auch z.B. der Mieterverein sowie die Verbände der Bauwirtschaft. **Herr Jägers** vertritt die Auffassung, dass Deputierte nicht die Begrifflichkeit „Sozialer Wohnungsbau“ verwenden sollten. Vielmehr sollte von „bezahlbarem Wohnraum“ gesprochen werden.

**Herr Pohlmann** erinnert an den Bürgerschaftsbeschluss, wonach der Deputation bzw. der Bürgerschaft vorzulegen ist, wie zukünftig die Fragen der Wohnraumförderung zu gestalten sind. Zudem solle der Senat ein Handlungskonzept zum bezahlbaren Wohnraum (auch über die Wohnraumförderung hinaus) erarbeiten. Die grundsätzliche Debatte werde dann in der Bürgerschaft geführt.

**Herr Senator Dr. Lohse** bestätigt, dass sich beide angesprochenen Senatsvorlagen in der Endabstimmung zwischen den Ressorts befinden. Die Frage, ob mehr Zuschüsse statt Darlehen gewährt werden können, sei noch mit der Senatorin für Finanzen abzustimmen. An den „Wohnungswirtschaftlichen Dialogen“ sollen auch die Mieterverbände sowie die Bau- und Immobilienwirtschaft teilnehmen. Die Senatsvorlage zur Wohnraumförderung hätte er gerne noch vor der Sommerpause in den Senat gebracht, da sie sich auf die Jahre 2012/13 beziehe. Ein Beschluss im September werde dazu führen, dass langsamer gestartet werden, als es das Ressort gerne getan hätte.

*Die staatliche Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr,  
Stadtentwicklung und Energie nimmt den die  
Wohnungsbauförderung betreffenden Teil des  
Beleihungsberichts 2011 zur Kenntnis.  
Die staatliche Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr,  
Stadtentwicklung und Energie empfiehlt der Bremischen  
Bürgerschaft (Landtag), den „Beleihungsbericht 2011 –Teil III  
Wohnungsbauförderung“ zur Kenntnis zu nehmen.*

- einstimmig -

<b>TOP 9</b>	<b>Verlängerung der Straßenbahnlinie 1 nach Mittelshuchting und der Straßenbahnlinie 8 nach Stuhr/ Weyhe – Ergebnisse des öffentlichen Beteiligungsverfahrens in Huchting</b> -5-	Bericht (L/S) <b>-mündlich-</b>
--------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------

**Herr Senator Dr. Lohse** erklärt, dass dieses Thema aus Sicht des Ressorts heute beschlussreif hätte sein können. Nach Durchführung des dritten Bürgerforums in Huchting seien die noch offenen Fragen weitgehend erschöpfend ausdiskutiert. Es verbleibe ein Grunddissens über die Trassenführung. Der Wunsch aus dem Stadtteil, die KHL-Trasse auszuwählen, sei ebenso bekannt wie die mit diesem Trassenverlauf benannten Mehrkosten. Das Thema werde in den Fraktionen nach der Sommerpause nochmals diskutiert.

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht zur Kenntnis.*

<b>TOP 10</b>	<b>Entwurf einer 32. Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutze von Landschaftsteilen im Gebiet der Stadtgemeinde Bremen</b> -30-	Vorlage 18/154
---------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------

**Frau Dr. Schaefer** begrüßt, dass alle Umweltorganisationen und betroffenen Beiräte die Anpassung begleitet haben. Insofern werde ihre Fraktion den Beschluss mittragen.

**Herr Imhoff** fragt nach, welche Stellungnahme die Beiräte hierzu abgegeben haben.

**Frau Sittauer** erklärt, dass alle vier beteiligten Ortsämter zugestimmt hätten.

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt die Durchführung des Verfahrens und das Ergebnis der Beteiligung der Behörden und Stellen, deren Belange von der Änderung der Landschaftsschutzgebietsverordnung in den Ortsteilen Strom, Seehausen und Borgfeld sowie im Stadtteil Horn-Lehe der Stadtgemeinde Bremen berührt werden können, zur Kenntnis.*

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt zur Kenntnis, dass der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr den Entwurf der Verordnung dem Senat zur Beschlussfassung zuleitet.*

- einstimmig -

<b>TOP 11</b>	<b>Berichte der Verwaltung</b>	
<b>TOP 11a)</b>	<b>Förderung von Geschwindigkeitsmesstafeln Zwischenbericht</b> -ASV-	BdV schriftlich

**Herr Imhoff** bemängelt, dass das Verfahren nur langsam vorangeht. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn die ersten Geschwindigkeitsmesstafeln bereits nach den Sommerferien aufgestellt worden wären.

**Herr Arndt** fragt nach, wie die Geschwindigkeitsmesstafeln in Zukunft finanziert werden.

**Frau Pieper** erklärt, dass diese Frage zurzeit noch nicht abschließend geklärt ist.

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 11b)</b>	<b>Integrierter Bewirtschaftungsplan für das Weserästuar und die Unterweser (IBP Weser)</b> -31-	BdV schriftlich
-----------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------

**Herr Hürter** gibt einen ausführlichen Überblick anhand einer Powerpoint-Präsentation.

**Frau Dr. Schaefer** bedankt sich für den Bericht. Die Erarbeitung des IBP Weser sei sehr zu begrüßen. Es sei positiv, dass mit den Projekten der Naturraum Weser auch wieder erlebbarer für die Menschen gemacht werde. **Frau Dr. Schaefer** fragt nach, ob es zur Hälfte oder am Ende der Laufzeit eine Evaluation dazu geben wird, wie erfolgreich die Maßnahmen waren und wie sie sich auf die strikteren ökologischen Kriterien der EU-Wasserrahmenrichtlinie ausgewirkt haben.

**Herr Hürter** erklärt, dass alle zwei Jahre der Stand der Umsetzung kontrolliert werden soll. Aus ökologischer Sicht gebe es alle sechs Jahre eine Berichtspflicht. Die Weser sei vor kurzem nach dem Schema des nationalen Monitoring für FFH-Berichte bewertet worden. Hierauf basierend können Veränderungen dokumentiert werden.

**Herr Arndt** fragt nach, inwieweit Flachwasserzonen oder Tidebiotope bei einer Vertiefung der Weser überhaupt noch möglich sind bzw. ob die Projekte dann tatsächlich ökologisch für den Flussraum nachhaltig sind. Insgesamt hält **Herr Arndt** es für kontraproduktiv einerseits die Weser zu vertiefen und andererseits Gelder zu investieren, um den ökologischen Zustand zumindest zu erhalten.

**Herr Hürter** erklärt, dass es zur Erreichung der Nachhaltigkeit sehr darauf ankomme, wo die Gebiete angelegt werden und wie die Strömung gelenkt wird. Hierzu gebe es bereits einige Erfahrungen. Es müsse darauf geachtet werden, dass die Sedimentation möglichst langsam stattfindet. Die Weser könne nicht mit Renaturierungsmaßnahmen in ihren ursprünglichen Zustand versetzt werden. Gleichwohl können in den Seitenbereichen ökologische Nischen geschaffen werden, die eine gewisse Zeit existieren und funktionieren.

**Herr Imhoff** bittet um Auskunft, ob das Gebiet Niederbüren zu Bremen gehört oder ob es noch erworben werden muss und ob die Erfahrungen früherer Renaturierungen dort einfließen werden. **Herr Imhoff** fragt nach, ob es mittel- bzw. langfristig weitere Pläne gibt, in Bremen dem Fluss Flächen zurückzugeben.

**Herr Hürter** berichtet, dass das Gebiet seiner Kenntnis nach inzwischen im Eigentum der Stadt sei. Die Erfahrungen wurden verarbeitet. Bzgl. der mittel- bis langfristigen Planung erklärt **Herr Hürter**, dass er zurzeit keine Planungen für Bremen gebe. Potenziale sehe er noch an der Lesum.

**Herr Arndt** entgegnet, dass im Beiratsgebiet Hemelingen (über die Ausgleichsmaßnahmen zum Gewerbegebiet Hansalinie hinaus) bei den Brückenquerungen Auewald und weitere Renaturierung vorgenommen werden könnten.

**Herr Hürter** erklärt, dass er dies nicht mit aufgezählt habe, da sich das IBP auf die Tideweser beschränke. Im Bereich der Mittelweser gebe es noch Flächenpotenziale.

**Herr Jägers** weist auf den seiner Einschätzung nach großen Interessenkonflikt zwischen Hafenwirtschaft und Naturschutz hin.

**Herr Hürter** erklärt, dass es genau die Aufgabe des IBP Weser sei, diesem Konflikt gerecht zu werden.

**Herr Jägers** bittet um Auskunft zum Zeitplan in Bezug auf die Luneplate. Die EFRE-Mittel seien bewilligt.

**Herr Hürter** erklärt, dass bereits jetzt das Bewandern der Luneplate möglich sein. Bis 2014 sollen Konzepte für zusätzliche Infrastruktur, wie z.B. Beobachtungsplattformen und Informationstafeln, erarbeitet und anschließend umgesetzt werden. Zunächst müsse aber das neue EFRE-Programm beschlossen werden.

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

TOP 11c)	<b>Anmeldung von für Bremen wichtigen Verkehrsprojekten zum Bundesverkehrswegeplan 2015</b> -5-	BdV schriftlich
----------	----------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------

**Herr Jägers** spricht das wachsende Güterverkehrsaufkommen im Seehinterlandverkehr an und fragt nach dem Stand des Gutachtens.

**Herr Jägers** spricht den Bereich III. Bundeswasserstraßen auf Seite 6 des Berichtes an. Hier werde beschrieben, dass die Anmeldung der länderübergreifenden Maßnahmen in Abstimmung mit Niedersachsen erfolgen wird. In dem Zusammenhang bittet **Herr Jägers** zu einer der nächsten Sitzungen um einen Bericht der Verwaltung dazu,

- welche Anmeldungen es geben soll,
- was es finanziell bedeutet, wenn Bremen das Angebot des Bundes (bitte beschreiben) zur Übernahme von Wasserstraßen und Unterhaltungspflichten annimmt und dafür eine Anrechnung auf den Finanzierungsanteil Bremens am Mittelweserausbau erfolgen soll.

**Herr Jägers** ist der Auffassung, dass Verkehrswegepläne ein Auslaufmodell seien, weil die Vernetzung der Verkehrsträger nicht genügend berücksichtigt wird. Hier sei eine Neuorientierung dringend notwendig.

**Herr Arndt** teilt die Auffassung zu den Bundeswasserstraßen. Hinsichtlich der Bundesschienenwege halte er es für kontraproduktiv, dass weiter an der sog. Y Strecke festgehalten wird. Er halte diese Strecke für eine Schnellstrecke für Personenverkehre, aber nicht für Güterverkehre.

**Herr Polzin** erklärt, dass alternative mehrere Bahnstrecken untersucht werden, u.a. auch die Y Strecke. Dabei seien unterschiedliche Varianten sowohl zur Ertüchtigung des bestehenden als auch der ergänzenden Neubaustrecken im Rahmen des BVWP bis 2015 zu untersuchen. Es gebe einen Auftrag des Bundesverkehrsministeriums an die DB Netz AG, die Y Strecke in Varianten zu untersuchen. Es werde ein reines Güter Y untersucht, sowie ein sukzessiver Ausbau für den Güterverkehr des vorhandenen Netzes. Sofern die Ausbaumaßnahme Langwedel - Uelzen (Amerikalinie) komme, könnte dies dazu führen, dass die Strecke Bremen-Verden-Nienburg-Hannover überhaupt nicht für den Güterverkehr ausgebaut werden müsste und das Y nicht gebaut wird. Untersuchungsergebnisse werden voraussichtlich Anfang 2013 vorliegen.

Der Knotenausbau für Bremen sei noch nicht beauftragt. Hierzu laufen noch Bietergespräche. Die Ergebnisse sollen in den Bundesverkehrswegeplan eingespeist werden.

**Herr Arndt** gibt zu bedenken, dass Bremen Gefahr läuft, abgekoppelt zu werden.

Zur Frage von **Herrn Jägers** zu den Bundeswasserstraßen, erklärt **Herr Polzin**, dass zurzeit nicht beantwortet werden könne, welche Kosten konkret auf Bremen zukommen. Es gebe keine Abstufung der Weser als Bundeswasserstraße. Sie sei in der Kategorie B enthalten im Bereich Unterweser und Mittelweser. Die Außenweser sei in der Kategorie A. Er gebe davon aus, dass angemeldete Projekte auch umgesetzt werden und es keine Verschiebungen gibt.

Die Anmeldungen zum Bundesverkehrswegeplan wurden mit Niedersachsen abgestimmt. Einen Konflikt gebe es im Bereich der S-Bahn, wo Bremen gerne einen 30 Minuten – Grundtakt ab 2025 hätte. Niedersachsen sehe diesen Bedarf nicht, da dies in der Region Hannover auch nicht geplant sei.

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr zu der Anmeldung zum Bundesverkehrswegeplan der für Bremen wichtigen Verkehrsprojekte zur Kenntnis.*

<b>TOP 12</b>	<b>Verschiedenes</b>	
<b>TOP 12a</b>	<b>Lärmkartierung Bremerhaven</b>	

**Herr Jägers** bittet um Berichterstattung zum Sachstand der Lärmkartierung Bremerhaven.

**Frau Kamp** berichtet, dass derzeit die Lärmkartierungen laufen. Die Karten werden derzeit erstellt. Leider liegen keine aktualisierten Daten des Eisenbahnbundesamtes vor. Die Eisenbahnstrecken könnten daher nicht mit erfasst werden. Um die Karten bis zum Jahresende fertig zu stellen, sollen aber hilfsweise die Daten aus dem Jahre 2008 verwendet werden.

**Herr Arndt** fragt nach Möglichkeiten auf Bundesratsebene auf die DB Druck auszuüben, damit die Zahlen geliefert werden. Bei der letzten Kartierung habe es die gleichen Probleme gegeben.

**Herr Senator Dr. Lohse** berichtet, dass die Deutsche Bahn sowie das Eisenbahnbundesamt auf der Verkehrsministerkonferenz der Länder immer wieder Thema seien. Er werde das Thema der Lärmkartierungen dort bei nächster Gelegenheit erneut kritisch ansprechen.

<b>TOP 12</b>	<b>Verschiedenes</b>	
<b>TOP 12b</b>	<b>Regio-S-Bahn / Weiteres Vorgehen</b>	

Auf Nachfrage von **Herrn Jägers** berichtet **Herr Polzin**, dass es auf der RS 2 (Bremerhaven-Twistringen) weniger Zugausfälle gebe. Es gebe aber keine Verbesserung im Bereich der Pünktlichkeit. Es gebe Gespräche zwischen der Nordwestbahn und der DB Netze. Auch das Ressort sei mit der DB Netze im Gespräch, wie eine Verbesserung der Stabilität auf der RS 2 erreicht werden kann.

**Herr Senator Dr. Lohse** schließt die 13. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Sprecher

Protokoll nach  
Tonaufzeichnung